

DER MARKT, DIE MORAL UND DIE DEMOKRATIE

ÜBER DIE VERFASSUNG DER FREIHEIT

Wer als westeuropäischer Philosoph schon während der Zeit des kalten Krieges Gelegenheit hatte, immer wieder einmal die Länder des ehemaligen Ostblocks zu besuchen, konnte in den Universitäten von Warschau bis Moskau und von Kiew bis Petersburg an den Stirnwänden der großen Universitäts-säle des öfteren die großen Konterfeis der deutschen Meisterdenker des 19. Jahrhunderts aus-ge-spannt finden - Friedrich Engels und Karl Marx also, die Männer mit den großen Bärten. Wenn man sich vergegenwärtigt, wofür diese Männer mit ihren Theorien standen, wenn man sich die Geschichte der Legitimation dieser Systeme durch diese Theorien vergegenwärtigt, dann erzwingt das den Kom-mentar: Auch das war ein denkwürdiger Beitrag Deutschlands zur Weltgeschichte dieses Jahrhun-derts. Inzwischen sind die Konterfeis überall verschwunden, und wenn man nun an dieselben Univer-sitäten zu Gastvorlesungen eingeladen wird, dann verlangen die Kollegen - und erst recht die Studen-ten -, daß man sie, zum Beispiel, in das Werk von Karl Popper einführt. Sie wollen über die Theorien Hayeks oder Buchanans informiert werden. Sie kennen selbstverständlich auch den Namen Ludwig Erhards, und im Zusammenhang anspruchsvoller Studien wollen sie mit Werken der Klassiker des sogenannten Ordoliberalismus, also mit den theoretischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft bekannt gemacht werden.

Vergegenwärtigt man sich diesen dramatischen Wandel, den ich zunächst nur auf der Theorieebene angedeutet habe, dann möchte man sagen: Welcher Triumph der Geltungsansprüche des Konzepts der Marktwirtschaft! Wie unbestritten steht sie in ihrer theoretischen Geltung da, unbeschadet der au-ßerordentlichen und von der Mehrzahl der Zeitgenossen - sogar der Fachkollegen - nicht vorausge-sehenen Schwierigkeiten der Transformation des sozialistischen Systems in ein marktwirtschaftliches. Dennoch ist das Konzept der Marktwirtschaft nicht nur in Ostmitteleuropa und Osteuropa, sondern nun verblüffenderweise auch im Westen keineswegs unumstritten. Es gibt vielmehr entschiedene Tendenzen unverdrossener moralischer Delegitimierung dieses Systems der Marktwirtschaft, und ge-legentlich verdichtet sich diese Tendenz zu ideologischen Kampagnen.

Ich möchte einige Bestände, an denen man diese moralischen Delegitimierungstendenzen ablesen kann, vor Augen führen. Einige davon kennen speziell die Deutschen. Man erinnert sich, wie schwer es etwa 1998 selbst vielen Politikern fiel, das Rätsel zu lösen, weshalb die Menschen aus den Gebie-ten des damals noch real existierenden Sozialismus sich massenhaft auf und davon machten. Das schien ihnen derart erklärungsbedürftig, daß sie zu drastischen Erklärungsmitteln griffen - also zum Beispiel zu einer Banane, die vor die Fernsehkamera gehalten wurde. Es lohnt sich durchaus, daran zu erinnern, und zwar mit dem gehörigen moralischen Despekt. Denn dahinter stand die Absicht einer moralischen Diffamierung der Menschen, die es vorzogen, sich vom Sozialismus zu verabschieden. Im Unterschied zu den eben angesprochenen Politikern haben sich Intellektuelle im Regelfall etwas subtiler geäußert; sie sprachen zum Beispiel von D-Mark-Nationalismus - auch das ist natürlich eine Diffamierungsformel. Die fraglichen Intellektuellen hätten vielleicht besser daran getan, sich die mora-lische Defizienz des Lebens allein schon unter Bedingungen nicht konvertibler Währung bei be-schränkter Reisefreiheit zu vergegenwärtigen - die Unwürdigkeit der Existenz von Hartwährungsläden für Privilegierte oder auch der Vorzüge, die politisch selektierte Reisekader für sich in Anspruch neh-men konnten. Das wäre ein Thema gewesen statt „D-Mark-Nationalismus“!

Noch vor einigen Monaten habe ich in einem zum Herbstprogramm erschienenen deutschen Buch wiederum von der „Kolonisierung“ gelesen, die mit der Einführung der Marktwirtschaft im Bereich des ehemaligen Sozialismus vorgenommen werde. Auch „Kolonisierung“ ist, wenn man sich an die Deko-lonialisierungsgeschichte der fünfziger und sechziger Jahre als einen Teil der Weltgeschichte erinnert, eine Vokabel mit offenkundigen Diffamierungszwecken. Und in demselben Buch, aus dem ich gerade zitiere, finden Sie dann die kaum überbietbare These, daß die Bundesrepublik Deutschland - die ältere, kleinere - eine rechtsstaatliche Ordnung gehabt - immerhin -, die ehemalige DDR aber als Gerech-tigkeitsordnung konzipiert gewesen sei. Und noch vor kurzer Zeit las ich in einer Wochenzeitung, der Markt und seine Gesetze seien strukturell unvereinbar mit dem kategorischen Imperativ Kants. Für deutsche Ohren kann man das nicht kräftiger, nämlich in moralischer Diffamierungsabsicht ausdrü-cken.

Das sind nun freilich Extreme, die man - wenn man von der Stabilität und liberalen Ordnung einiger-maßen überzeugt ist - mit Schweigen auf sich beruhen lassen könnte. Doch die Tendenz zur Delegi-timierung der marktwirtschaftlichen Ordnung zieht sich bis in sehr viel subtilere Zusammenhänge hin-

ein - sogar hinein bis in die der wirtschaftsethischen Debatten. Es liegt mir nun vollkommen fern - ich halte selber auch wirtschaftsethische Vorlesungen -, die Notwendigkeit solcher Debatten zu bezweifeln. Wichtige wirtschaftsethische Grundsätze setzen sich heute in Rechtspolitik und schließlich in Gesetze um, und viele dieser Gesetze sind unentbehrlich, nützlich und förderlich - zum Beispiel die den Verbraucherschutz betreffenden Gesetze, so lästig sie den Produzenten und Unternehmer gelegentlich auch sein mögen. Also: Ich bestreite nicht die generelle Notwendigkeit solcher wirtschaftsethischen Debatten. Sie haben aber eine Schwäche: Sie wirken auch auf Unternehmer gelegentlich einschüchternd durch die Insinuation, die Ordnung des Marktes sei eine Ordnung, die überhaupt erst einmal an die moralische Kandare gelegt werden müßte. Dabei wird verschwiegen, daß die Orientierung unseres Handelns am Markt schon als solche eine moralische Qualität hat. Es lohnt sich, das sichtbar zu machen, und ich möchte es in drei ganz knappen Durchgängen tun.

Ich stelle diese Durchgänge unter die Überschriften *Markt und Moral*, *Markt und Demokratie* sowie *Markt und soziale Sicherheit*.

Markt und Moral

Die Absicht ist also, sichtbar zu machen, daß die Orientierung am Markt schon als solche eine moralische Bedeutung hat. Das kann man gerade am Fall der härtesten moralischen Herausforderung der Marktwirtschaft eindrucksvoll zeigen, nämlich am Beispiel der ökologischen Krise, die herunterzuspielen sich durchaus nicht empfiehlt. Nun hat der große Hans Jonas im Blick auf die theoretischen Grundlagen des real existent gewesenen Sozialismus gefunden, eigentlich müsse doch dieser Sozialismus von seinen Prinzipien her - zum Beispiel vom Prinzip der Identität der kollektiven und individuellen Interessen her - in viel besserer Weise als liberale Systeme in der Lage sein, den Prozeß der Zivilisation nützlich und zugleich ökologisch heilsam zu steuern. Wir alle wissen: das genaue Gegenteil ist der Fall gewesen. Und für diejenigen, die davon eine geringere Anschauung haben, möchte ich das mit ein paar drastischen Hinweisen deutlich machen. Im Jahr 1989, zur Zeit des Falls der Mauer, die Deutschland so lange trennte, hatte das größte Chemiekombinat der DDR - das in Bitterfeld mit etwa zwölf- bis vierzehntausend Arbeitsplätzen - nur eine mechanische Reinigungsstufe aufzuweisen. Man stelle sich das vor in bezug auf die Chemiegiganten Hoechst, BASF oder Bayer! Die Elbe, nach Industrialisierungsgraden mit dem Rhein durchaus vergleichbar, hatte infolgedessen eine um das Siebzehnfache größere Schmutzfracht als der Rhein zu verkraften. Im privaten Bereich war der Verbrauch des DDR-Bürgers an Elektroenergie um mehr als das 1,3fache größer als in Westdeutschland, und das bei ungleich geringerer elektrotechnischer Installation der Haushalte. Für die übrigen Länder des ehemaligen Ostblocks gilt Analoges. Mit Hinweisen dieser Sorte könnte man endlos fortfahren. Weshalb aber war dieses System so leistungsunfähig zur Bewältigung der ökologischen Krise? Meine Erklärung für diesen Bestand lautet: Das sozialistische System war schon aus seinen ordnungspolitischen Prämissen heraus unfähig, unsere naturalen Lebensbedingungen der ökonomischen Rationalität zu unterwerfen. Wenn man das so formuliert - das System war unfähig, unsere naturalen Existenzvoraussetzungen der ökonomischen Realität zu unterwerfen -, dann wird das mancher für blanken Zynismus halten. Und dennoch ist es die pure Wahrheit. Um das zu erkennen, muß man sich nur vergegenwärtigen, was das Wort „ökonomisch“ schon in seinem alteuropäisch-aristotelischen Ursprung besagt: „ökonomisch“ heißt „haushälterisch“, und haushälterisch sollte der Umgang mit knappen Gütern sein. Die Ökonomisierung schonungsbedürftiger Lebensbestände ist nichts anderes als die institutionelle Art, sie in ihrer Knappheit erfahrbar zu machen. Das ist es, was heute und morgen fällig ist, und einzig im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnung läßt sich das machen.

Markt und Demokratie

Die These derer, die der Marktwirtschaft bis in die Gegenwart hinein Legitimität absprechen, lautet etwa so: Die liberale Verfassungsordnung sei ordnungspolitisch neutral. Sie sei gegenüber dem Unterschied von Sozialismus und marktwirtschaftlicher Ordnung indifferent. Wie es sich in Wahrheit verhält, läßt sich wiederum mit ein paar ganz knappen Strichen vergegenwärtigen. Die Entwicklung liberaler Systeme läßt sich generell durch die Tendenz der fortschreitenden Ausweitung derjenigen Lebensbereiche charakterisieren, in bezug auf die wir nicht wollen können, daß sie politischer Entscheidung unterworfen werden - im liberalen System also demokratischer Mehrheitsentscheidung. Von der Religionsfreiheit zur Koalitionsfreiheit: Immer sind diese Freiheiten dadurch charakterisiert, daß die Lebensbereiche, in welchen wir diese Freiheit in Anspruch nehmen, dem politischen Prozeß entzogen bleiben. Die entscheidende Frage ist nun, ob auch die Freiheit der wirtschaftlichen Selbstbestimmung eine den Menschenrechten zuzurechnende Freiheit sei oder nicht. Wir verfügen inzwischen über die politischen Erfahrungen, die, anders als vor einem halben Jahrhundert, die Anerkennung wirtschaftlicher Selbstbestimmung als eine menschliche Grundfreiheit zwingend machen. Diese Erfahrungen bestehen in den Kosten - und zwar in den moralisch unzulässigen Kosten -, die das wirtschaftspolitisch illiberale System des real existent gewesenen Sozialismus den Bürgern auferlegt hat. Dieses System

hat zu einer ungeheuren Verschleuderung volkswirtschaftlicher Werte geführt. Allein der Wertverlust durch den Verfall der Bausubstanz - der öffentlichen wie der privaten - erreicht im Gebiet der ehemaligen DDR die Billionengrenze. Wie läßt sich das erklären? Es ist wiederum ein ordnungspolitischer Grundsatz, den man dazu heranziehen muß. Unsere modernen Lebensverhältnisse sind viel zu komplex, als daß eine zentrale Planungsinstanz allein schon aus organisatorischen Gründen in der Lage sein könnte, die Fülle der unerläßlichen Informationen zu verarbeiten, auf die man sich müßte stützen können, um die Produktion und natürlich auch die Verteilung bedarfsadäquat zu organisieren. Das ist organisationstechnisch und näherhin informationsverarbeitungstechnisch unmöglich. Das erzwingt die Folgerung, daß die marktwirtschaftliche Ordnung, die allein diese Informationsverarbeitungskapazitäten durch Freigabe des Rechts wirtschaftlicher Selbstbestimmung zur Verfügung stellen kann, nach Freiheitsgrundsätzen verfassungsrechtspolitisch zwingend geboten ist. Anders ausgedrückt: Die zentrale Lenkungswirtschaft, in der die Gesellschaft ihre Ressourcen vergeudet und auf Kosten künftiger Generationen lebt, ist menschenrechtswidrig.

Markt und soziale Sicherheit

Liberalen mit einer Spur sozialpolitischer Weltfremdheit haben sich immer wieder einmal darüber irritiert gezeigt, daß die Menschen in den hochentwickelten modernen Wohlfahrtsgesellschaften allen Umfragen zufolge gleichzeitig zweierlei wollen: erstens eine Mehrung ihrer Freiheit und zweitens - ebenso nachdrücklich - eine Mehrung ihrer sozialen Sicherheit. Meine These lautet nun: Es wird erfolglos sein, diese Ansprüche der Menschen auf soziale Sicherheit mit dem Argument zurückzuschrauben, daß sich letztlich nur so die Freiheit des Individuums und die freiheitliche Lebensordnung erhalten und festigen ließen. Erfolglos wäre dieser Ansatz deshalb, weil wir wissen: Je sicherer wir leben - und nie hat auch in sozialer Hinsicht eine Zivilisationsgenossenschaft sicherer gelebt als die unsrige -, mit desto größerer Intensität richtet sich das Sicherheitsinteresse auf die allenfalls noch verbliebenen Sicherheitslücken. Wenn das richtig ist, dann erkennt man die politische Erfolglosigkeit jedes Versuchs, die Freiheiten und Selbstbestimmungsrechte auf Kosten der Sicherheit gewährleistenden Sozialordnung zu mehren. Das Programm muß ein ganz anderes sein. Es muß schlicht auch das Verhältnis des Bürgers - wie der einschlägigen Institutionen - zu den Voraussetzungen sozialer Sicherheit der ökonomischen Rationalität unterwerfen. Dieses Programm ist in der Tat noch weitgehend unerfüllt. Hier ist noch sehr viel zu tun.

Ich will das an zwei deutschen Beispielen verdeutlichen. Das erste ist von marginaler Bedeutung, aber real. Das zweite Beispiel ist von einer außerordentlichen Größenordnung und ebenso real. Beide Beispiele haben zugleich die Eigenschaft, daß sie in absehbarer Zeit wohl kaum zum Programm der Politik in den westeuropäischen Ländern werden könnten. Man wäre Illusionist, wenn man das für möglich hielte.

Das erste Beispiel ist die überall in Europa verbreitete Bezuschussung des Mensaessens - ein Beispiel, das sich einem Professor aufdrängt. Mein Programm wäre, diese Bezuschussung generell zu streichen. Da wird jeder Sozialpolitiker protestieren und fragen, ob denn die Studenten nicht mehr billig essen sollen. Die Antwort muß lauten: Sie sollen essen, und wenn sie die wirklichen Gestehungskosten ihrer Mensamahlzeiten nicht bezahlen können, so muß man ihre Stipendien erhöhen. Aber es sollte in unserer komplex gewordenen Gesellschaft nicht mehr erlaubt sein, den Studenten die Erfahrung und damit das Wissen vorzuenthalten, was bei unserem Lohnniveau die Herstellung eines so schlichten wirtschaftlichen Gutes, wie es ein Mensaessen ist, kostet. Alles andere wäre ein Anschlag auf die jungbürgerliche Urteilskraft, soweit sie sich über Kostenerfahrungen bildet.

Und nun das zweite, große Beispiel aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese stammt in etlichen Ländern aus paternalistischen Traditionen, die wir alle kennen, und es ist nicht zuletzt ein Erbteil dieser Traditionen, daß diejenigen, denen das System der gesetzlichen Krankenversicherung zugute kommt, sozusagen systematisch frei von Kenntnissen seiner realen Kosten gehalten werden. Demgegenüber stelle man sich vor, im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung müßten die Versicherten die entstehenden Kosten zunächst selber an die behandelnden Ärzte und Krankenhäuser abführen - selbstverständlich um sie dann später erstattet zu bekommen. Welche Bedeutung hätte das für die Erweckung eines Kostenbewußtseins! Welche Stiftung von Bürgersinn geschähe so durch die Erfahrung von Knappheit! Und wenn man sich dann noch vorstellt, es gelänge, in die gesetzliche Krankenversicherung ein Bonus- und Malus-System einzuführen - dann wäre insoweit das erfüllt, was ich die Unterwerfung des sozialen Systems unter die Bedingungen der ökonomischen Rationalität nennen möchte.

Damit bin ich dann zum Schluß wieder bei dem Thema *Markt und Moral* angekommen. Man erkennt, daß Moral eine überaus nützliche Sache ist. Und für den Markt bedeutet das im Verhältnis zum sozia-

len System: die Moral ist nicht etwa nur bei den in das soziale System integrierten guten Absichten anzutreffen, während sie beim Markt fehlte. Im Gegenteil: Die Moral, die dem Markt auch schon als solchem eignet, will auch auf das soziale System übertragen sein.

Hermann Lübbe

DER AUTOR:

Hermann Lübbe wurde 1926 geboren. Er studierte Philosophie und mehrere sozialwissenschaftliche Disziplinen in Göttingen, München und Freiburg i.Br. Er war als Professor an mehreren Universitäten tätig und wurde mit vielen Preisen geehrt. Seit 1991 ist Hermann Lübbe Honorarprofessor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 62/63 1999,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>